

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 206.

Montag den 24. Juli.

1848.

### Landt-geverhandlungen.

Zweihundzwanzigste öffentliche Sitzung der 1. Kammer, am 22. Juli 1848.

Eine Petition des Handwerkervereins zu Chemnitz in Betreff der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn bevormundet Bürgerm. Schanz und hält dabei dem Handwerkervereine eine Lobrede. Dr. Crusius beantragt, da er nach dem bevorstehenden Ausscheiden des Bürgerm. Hübler aus der 1. Kammer das einzige Mitglied derselben in dem ständischen Ausschusse zur Verwaltung der Staatsschulden sei, eine Ergänzungswahl desselben. Dieser Antrag wird, als der Verf.-Urk. nicht ganz entsprechend, der 1. Deputation zur Begutachtung und desfallsigen Berathung mit der Regierung übergeben. In Gegenwart des Justizministers Dr. Braun wird die Eingabe des Fabrikbesizers Jahn vorgetragen, welcher das über Herrn Kreisamtmann Wieland von Herrn von Welck Gedäußerte vollkommen bestätigt, nämlich daß derselbe allerdings 3 Tage vor der Zerstörung der Jahn'schen Nagelfabrik von diesem beabsichtigten Excess gewußt habe.

Die 2. Deputation erstattete durch v. Thielau Bericht über das Decret, die finanziellen Zustände betreffend und stimmte allenthalben den Beschlüssen der 2. Kammer bei, mit der Ausnahme jedoch, daß sie es in das Ermessen der Regierung legen wollte, die Summe von 5 1/2 Millionen ganz durch Handdarlehne oder ganz durch die Veräußerung von Staatspapieren aufzubringen, während die 2. Kammer bestimmt ausgesprochen hatte, daß vier Millionen durch Staatspapiere, höchstens 1 1/2 Million durch Handdarlehen gedeckt werden sollen. Sie beantragt ferner noch die Ermächtigung der Regierung zur Aufnahme von Geldern gegen Unterpfand. v. Friesen findet es bedenklich, sich mit den bisher ergriffenen Finanzmaassregeln im Allgemeinen einverstanden zu erklären, weil man dadurch der Specialbewilligung präjudicire, was Prinz Johann und Staatsmin. Georgi aber widerlegen. Die für Mobilmachung von 10,000 Mann Soldaten ausgeworfene Summe von 1,120,000 Thalern findet v. Rostiz-Ballwitz zu hoch und glaubt dem Mißverständnis im Voraus begegnen zu müssen, als fehle es an irgend etwas zur Mobilmachung des ganzen Contingentes von 16,000 Mann, außer an den Pferden. Es sei also unter jener Summe auch die Mobilerhaltung inbegriffen, was Staatsmin. Georgi bestätigt und bemerkt, daß die obige Summe noch viel zu klein wäre, wenn der von der Nationalversammlung gefasste Beschluß der Vermehrung des Bundesheeres ein definitiver werden sollte. Graf v. Hohenthal-Püchau verspricht sich Ersprießliches von der Veräußerung der Domänen, fiskalischen Steinkohlenwerke und Weinberge, wogegen Referent v. Thielau, v. Schönberg-Bibran und Staatsminister Georgi das Unpractische einer solchen Maassregel im gegenwärtigen Augenblicke darthun. Gegen die in Aussicht gestellte Einkommensteuer erheben sich v. Friesen, v. Erdmannsdorf, v. Posern und Graf Hohenthal gegen die zu hohe Steigerung der Steuer bei den Vermögenden, weshalb Ref. und Min. Georgi bemerken, daß es sich jetzt nur um die außerordentliche Steuer selbst handle. Reg.-Comm. v. Ehrenstein erwähnt beiläufig, daß das abgeschätzte Einkommen sich zwar bis jetzt nur auf 25 Millionen belaufe, dieses aber nicht das Gesamteinkommen in Sachsen sei, weil das Einkommen unter 200 Thlr., also das der Mehrzahl der Bewohner außer Anseh geblieben sei und dasselbe wenigstens 50 Millionen repräsentire. Bürgerm. Klinger hält es für bedenklich, noch dem gegenwärtigen Landtage, dem nur noch kurze Frist gestellt sei, ein so wichtiges Gesetz wie das über eine Zwangsanleihe vorzulegen, noch dazu, da dieselbe so bald nicht nöthig sein

dürfte und die nach dem alten Systeme zusammengesetzte und gewählte Ständeversammlung dasjenige Vertrauen des Volkes nicht besitze, was zur Decretirung einer so wichtigen Maassregel erforderlich sei. Man solle dies daher lieber den nächsten neugewählten Kammern überlassen. Min. Georgi äußert hierauf, es sei gut, in außerordentlichen Zeiten sich auf Alles zu richten, und jedenfalls constitutioneller, wenn die Regierung sich deshalb mit der gegenwärtigen Ständeversammlung vereinigte, als auf ihre Verantwortung hin die Zwangsanleihe ausschriebe. Herr v. Friesen erhebt sich gegen die Ansicht Klingers, daß die Kammer incompetent sei und gegen die Verdächtigungen, v. Thielau wünscht, daß das Volk immer solche Vertreter haben möge, wie die Mitglieder der 1. Kammer sind und warnt vor revolutionären Aeußerungen, v. Biedermann will sich durch Klinger nicht einschüchtern lassen, v. Schönberg-Bibran beneidet denselben um seine Stellung in der Kammer nicht, die nach seiner (Klingers) Ansicht einen unterminirten Boden habe, worauf Klinger erwidert, daß er sich allerdings selbst wegen seiner Stellung in dieser Kammer nicht beneide, denn er wolle nicht durch seinen Stand, oder durch Erbllichkeit oder Grundbesitz, sondern nur durch freie Wahl des Volkes Abgeordneter sein und Abgeordnete sehen. Die Deputationsanträge werden hierauf sämmtlich genehmigt.

### Unser Theater!

Wie sich die politischen Aussichten für die Zukunft jetzt nach und nach freundlicher gestalten, so gehen von Tag zu Tag dunklere Gerüchte über unser Theater umher. Bald hört man, daß der Vertrag wegen Uebergabe des Theaters an eine neue Direction rückgängig gemacht worden sei, bald hört man vom Spiel der Mitglieder auf Theilung, wohl auch vom gänzlichen Schluß. In wie weit sich diese Gerüchte bestätigen, wollen wir hier unerörtert lassen, dafür aber den gegenwärtigen Stand unsers Theaters und die Mittel zu dessen Hebung näher ins Auge fassen.

Das Publicum und die Direction des Theaters haben gegenseitige Verpflichtungen zu erfüllen. Die hauptsächlichste derselben ist wohl, daß die Direction zu allen Zeiten, zumal aber in einer Periode, wo der Theaterbesuch durch äußere Verhältnisse schwächer als gewöhnlich ist, dem Publicum ein gewähltes und zeitgemäßes Repertoire biete. Diese Verpflichtung hat — wir bekennen es offen — unsre Direction in letzter Zeit nicht immer genug in Acht gehabt, durfe sie also fortdauernd auf die Erfüllung der Verpflichtung des Publicums, auf den Theaterbesuch rechnen? Die Erfahrung hat diese Frage zum Theil schon beantwortet.

Wenn aber auch in mancher andern Stadt, die Leipzig an Einwohnerzahl gleichsteht oder auch übertrifft, die Theater in letzter Zeit geschlossen wurden, so dürfen wir daraus keinen Maassstab für Leipzig nehmen. Leipzig vereinigt in seinen Mauern Intelligenz und Wohlstand, wie im Verhältniß nur wenig andere Städte, für unsre Stadt ist daher auch das Theater zu einer Nothwendigkeit geworden. Wir wollen hier noch ganz von dem großen Nutzen absehen, den in zweckmäßiger Anwendung das Theater als Bildungs-Institut dem Volke gewährt. Unsre höheren Stände betheiligen sich stets gern, wo es gilt, etwas Großes zu wirken und dabei zugleich Kunstsinne an den Tag zu legen. Da auf diese Stände die Zeitverhältnisse nicht in dem Maße einwirken, daß sie sich veranlaßt sehen müßten, den Vergnügungen zu entsagen, so ist gewiß der fühlbare Mangel an Theilnahme des Theaterbesuchs dieser Stände nur zu tadeln. Leipzig hat nur ein Stadttheater, dem die großen Hilfsquellen der Hoftheater ganz abgehen und doch nimmt unsre Bühne immer einen der ersten Plätze ein. Diese